

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

11. Juni 1946

Blatt 609

Topfen und Butter für Kinder

=====

Das Zentralernährungsamt Wien gibt bekannt:

Die vorige Woche begonnene Ausgabe von Topfen und Butter für Kinder kann nach Mitteilung des Österr. Milch- und Fettwirtschaftsverbandes diese Woche fortgesetzt werden. Diesmal erhalten die Kinder von 3 - 6 Jahren $\frac{1}{4}$ kg Topfen auf den Abschnitt F der Milchkarte Klk. Auf den Abschnitt E der entsprechenden Milchkarte bekommen die Kinder bis zu 6 Jahren 7 dkg Butter und die Kinder von 6 - 12 Jahren 10 dkg Butter. Die Abgabe erfolgt durch das Milchgeschäft, in dem die Milch bezogen wird.

Die dieser Zuteilung entsprechenden Kalorien werden im Periodenausgleich berücksichtigt.

Aufnahmeprüfungen in den Wirtschaftsschulen

=====

Die Aufnahmeprüfungen an den öffentlichen Wiener Handelsakademien und Kaufmännischen Wirtschaftsschulen finden am Dienstag, den 2. Juli d.J., um 9 Uhr vormittags statt. Der Herbsttermin für diese Prüfungen wird noch rechtzeitig verlautbart werden.

Nähere Auskünfte erteilen die Direktionen der Lehranstalten.

Das Zentralernährungsamt Wien gibt bekannt:

=====

Die Teilnehmer an der Gedenkfeier anlässlich des 10. Todestages des Dichters Karl Kraus treffen sich am Mittwoch, den 12. Juni 1946 um 16 Uhr vor dem Grabe auf dem Zentralfriedhof, Gruppe 5 a, Reihe 1. Nr. 33.

Auf den Abschnitt E der entsprechenden Milchkarte bekommen die Kinder bis zu 6 Jahren 7 dkg Butter und die Kinder von 6 - 12 Jahren 10 dkg Butter. Die Abgabe erfolgt durch das Milchgeschäft, in dem die Milch bezogen wird.

Die dieser Zuteilung entsprechenden Kalorien werden im Periodenausgleich berücksichtigt.

Aufnahmeprüfungen in den Wirtschaftsschulen

Der Wiener Gemeinderat setzte heute die Spezialdebatte zu der Verwaltungsgruppe "Städtische Unternehmungen" fort.

Es wurden 4 Anträge eingebracht, die im Laufe der Debatte zu diesem Gegenstand zur Beratung gelangen werden.

Als erster Redner befaßte sich Gemeinderat Wallner (SPÖ) mit einigen Wünschen der Wiener Bevölkerung an die Straßenbahndirektion. Es sei notwendig, den Beginn des Straßenbahnverkehrs von 5 Uhr 30 auf 5 Uhr vorzuverlegen, sodaß die Werktätigen die Anschlußzüge auf der Eisenbahn erreichen können. Im Interesse der Eigentümer von Siedlungen sollten bestimmte Straßenbahnlinien, so vor allem die Linien 10 und 11, den Betriebsschluß von 21 auf 23 Uhr verlegen, um den Besuch von Theatern, Konzerten und eine bessere Ausnützung der Freizeit in den Sommermonaten zu ermöglichen. Die zu großen Intervalle zwischen den Haltestellen auf einzelnen Linien sollten durch Einschaltung ehemaliger Haltestellen verkürzt werden. Ebenso müßte die Verdichtung des Verkehrs bei Geschäftsschluß am Nachmittag gerechter auf die verschiedenen Linien aufgeteilt werden. Bis heute konnten nicht zuletzt dank des vorbildlichen Aufbauwillens der Arbeiter- und Angestelltenschaft rund 70 % des Straßenbahnnetzes dem Verkehr übergeben werden. Der Dank an die Arbeiterschaft müsse sich über Dankesworte in tatsächlicher Hilfe auswirken. Das Unrecht aus der Vergangenheit müsse behoben und Recht wieder Recht werden, mit Wiedergutmachung allein sei es nicht getan. Insbesondere müßte eine günstigere Dienstordnung ausgearbeitet werden sowie eine Anrechnung von Dienstjahren aus der Zeit zwischen 1934 und 1945 und eine Vorreihung in besonderen Fällen Platz greifen. Der Redner wendet sich darauf gegen die Angriffe auf den sogenannten Rahmenvertrag, die von Kreisen ausgehen, die selbst bei der Unterzeichnung maßgeblich beteiligt waren. Die Wirkung des Rahmenvertrages sei hauptsächlich durch die Lockerung des Preisstops geschwächt worden. Der Wiener Straßenbahnerschaft gebühre für ihre Wiederaufbauarbeit der herzlichste Dank der gesamten Bevölkerung, es müsse ihr das gelübrende menschenwürdige Dasein gesichert werden.

GR. Kropus (ÖVP) wies darauf hin, dass die Kapazität der Wiener Gaswerke nur zur Hälfte ausgenützt ist. Er verlangte eine Steigerung der Gaserzeugung, um die Gaslieferzeiten ausdehnen zu können. Wichtig wäre es Verhandlungen zu beginnen, um wieder zu der Ostrauer und der Oberschlesischen Kohle zu kommen. Er tritt auch für die Anbahnung eines Handelsvertrages mit der Sowjet-Union ein. Der Redner dankte hierauf den Staaten für ihre bisherige Hilfe und betonte, dass Österreich absolut in der Lage wäre, für Lieferungen aus dem Auslande Gleichwertiges zu bieten. Schliesslich liegen die Zistersdorfer Ölquellen auf österreichischem Boden und sind nicht von den Deutschen hereingebracht worden. Durch ein Verfügungsrecht über die Ölquellen wären wir in der Lage, den Gaspreis entsprechend zu senken und wir könnten durch die Lieferungen an die interessierten Nachbarn die Basis für Kompensationsgeschäfte erleichtern. Eine gesteigerte Gaserzeugung hätte aber auch eine Steigerung des Anfalles wichtiger Nebenprodukte zur Folge. In diesem Zusammenhang wäre besonders Gaskoks für den kommenden Winter zu erwähnen. Wir dürfen es nicht dem Zufall überlassen von wo wir im kommenden Winter Brennmaterial herbeikommen, wir dürfen aber keinesfalls Raubbau an dem für den Wiederaufbau wichtigem Holz treiben. Durch eine Steigerung der Gasproduktion könnte aber auch der Gaspreis gesenkt werden. Der Redner wies ferner darauf hin, dass in manchen Bezirken der Gasdruck so schwach wäre, dass es manchmal erst nach einer halben Stunde entzündet werden könne. Manches Todesopfer ist auf diese Ursache zu buchen. Eine frühere Eröffnung der Gaszufuhr wäre daher erwünscht. Auch an Sonntagen soll die Gaslieferzeit über einen grösseren Zeitraum erstreckt werden.

Unter Hinweis auf die Lage bei den Städtischen Strassenbahnen verlangte GR. Kropus, dass die Facharbeiter unter den Strassenbahnern schleunigst ausgewechselt und wieder ihren Berufen zugeführt werden. Das natürliche Reservoir für den Strassenbahnerberuf sei die sich ständig vergrössernde Gruppe der arbeitslosen Angestellten.

Am Schluss seiner Rede verlangte GR. Kropus die Wiedereinbetriebnahme der Linie C, deren Anlagen schon fertiggestellt seien.

Gemeinderat Dr. Soswinsky (KPO)

In der Geschichte dieses Hauses galt immer ein Grundsatz, daß Tarife Massensteuern sind, dies vor allem die Tarife für elektrischen Strom, für Gas und Straßenbahn. Sie zu erhöhen wäre das Unpopulärste und gleichzeitig das Unsozialiste. Es trifft Arm und Reich in gleicher Weise. Alles sollte darangesetzt werden, um solche Erhöhungen hintanzuhalten.

Der Redner beschäftigte sich sodann in längeren Ausführungen mit der Entwicklung des Ölpreises, der für die Höhe des Strompreises mitentscheidend ist, und stellt abschließend fest, daß es Sache des amtsführenden Stadtrates wäre, mit den verschiedenen Gesellschaften zu verhandeln, um einen entsprechenden Rabatt für einen Massenbezug zu erwirken.

Bezüglich des Zustandekommens eines Handelsvertrages über Kohlenlieferungen liege die Hauptschwierigkeit darin, daß die Gemeinde Wien nicht über entsprechende Kompensationsartikel verfüge. Es wäre nun Aufgabe der Gemeinde Wien, sich eine Reihe von Kompensationsartikeln zu sichern, um die benötigte Kohle hereinzubekommen.

Diese Punkte wären zuerst in Erwägung zu ziehen, bevor man sich mit der Frage der Erhöhung der Tarife beschäftigt.

Gemeinderat Opravil (SPÖ) erinnerte an die Zeit, in der die Wiener Elektrizitätswerke vollkommen darniedergelegen sind, in der durch die zunehmende Wucht der Luftangriffe das Chaos immer größer wurde. Die Kraftwerke Simmering und Engerthstraße waren stillgelegt, die Reservebatterien beinahe erschöpft, in den Kabelnetzen tausende Fehlerstellen, 10 bis 15 % unserer Umspanneranlage zerstört. Spitäler, Brotfabriken, Pumpanlagen für die Wasserversorgung der Stadt konnten nicht mehr eingeschaltet werden.

In dieser Situation haben die Techniker und Angestellten der Stadt Wien und des Elektrizitätswerkes oft in 14 bis 16-stündiger Tagesleistung alles darangesetzt, um die Stadt wieder mit Strom zu versorgen. Obwohl die gesamte Belegschaft in den vorhergehenden Jahren schwer im Einsatz gestanden ist und Sonn- und Feiertage fast nicht mehr kannte, setzte sie alles daran, um ihrer schweren Aufgabe gerecht zu werden.

Man müßte nun den Arbeitern hier helfen und ihnen vor allem die nötigen Schutzmittel gegen Stromverletzungen verschaffen.

Der Redner bespricht abschließend die Frage der Beschaffung von Schutzmitteln gegen Stromberührung, die derzeit ungenügend gelöst sei, sowie der zweckmäßigen Bekleidung des Außendienstpersonals, das während der nationalsozialistischen Ära nicht entsprechend berücksichtigt wurde. Besonderes Augenmerk müsse der Erneuerung des Wagenparkes zugewendet werden. Er appelliert an die zuständigen Stellen der Gemeindeverwaltung, bei Zusammenfassung der österreichischen Energiewirtschaft dafür Sorge zu tragen, daß der Anschluß der Stadt Wien als größtem Konsumenten entsprechend zur Geltung komme.

Gemeinderätin Eleonore Hiltl spricht die Bitte nach größerer Berücksichtigung der berufstätigen Frau bei Verbesserung der Gaslieferzeiten aus. Diese sollten nach Möglichkeit auf 5 Uhr oder halb 5 Uhr früh vorverlegt werden, da bei den derzeitigen Lieferzeiten viele Berufstätige weder warmes Frühstück noch warmes Mittagessen zubereiten könnten.

Gemeinderat Dr. Altmann befaßte sich mit einer Reihe von Problemen, zu deren Bewältigung schon jetzt die Voraussetzungen geschaffen und die wichtigsten Vorarbeiten getroffen werden müßten, wenn auch ihre Verwirklichung in der allernächsten Zeit noch nicht erfolgen könne. Er stellte im Zusammenhang damit vier Anträge, die sich mit der Energiewirtschaft, der Schaffung einer Untergrundbahn, der Verstaatlichung der Großbetriebe der Lebensmittelindustrie und der Kommunalisierung von Großunternehmungen der Baustoffindustrie beschäftigen.

Durch den ersten Antrag soll der Stadtsenat aufgefordert werden, bei den Verhandlungen über die Verstaatlichung der österreichischen Energiewirtschaft im Interesse Wiens den Standpunkt zu vertreten, daß für den Ausbau und für den Betrieb der österreichischen Elektrizitätswirtschaft das Interesse des ganzen Volkes und nicht Sonderinteressen einzelner entscheidend sind, ferner dahin zu wirken, daß im Rahmen der verstaatlichten Energiewirtschaft die für die Versorgung Wiens entscheidenden Kraftwerke, vor allem die Projekte über eine Ausnützung des Donaustromes für die Erzeugung elektrischer Energie, in naher Zukunft verwirklicht werden können, wobei die Stadt Wien alle ihr mögliche Unterstützung für die Verwirklichung dieser Projekte zu leisten bereit ist.

Hinsichtlich der Schaffung einer Wiener Untergrundbahn soll der Stadtsenat durch einen zweiten Antrag beauftragt werden, unverzüglich die Arbeiten über die Planung einzuleiten. Hierbei hat er sich von dem Gesichtspunkt leiten zu lassen, daß der arbeitenden Bevölkerung der Stadt von ihren jetzigen Wohnvierteln und von den bei einer weiteren Entwicklung Wiens neu hinzukommenden Wohngebieten eine raschere Verbindung zu den Arbeitstätten gesichert wird. Auch die Verbindung mit den Wiener Stadtgebieten über der Donau darf hierbei nicht außer Betracht gelassen werden. Organisatorisch wird die Wiener Untergrundbahn in die Wiener Verkehrsbetriebe einzugliedern sein.

Ein weiterer Antrag beauftragt den Stadtsenat, alle Schritte einzuleiten, um eine Kommunalisierung der Großbetriebe der Lebensmittelindustrie und der Lagerhäuser, die für die Versorgung der Wiener Bevölkerung von entscheidender Bedeutung sind, herbeizuführen. Insbesondere bei den Verhandlungen über die Verstaatlichung ist das Interesse der Stadt Wien auf diesem Gebiete zu vertreten. Die großen Brotfabriken, die Großmolkereien der Stadt, die großen Mühlen, allenfalls auch Großbetriebe auf dem Gebiete der Fleischversorgung und auf anderen Gebieten der Nahrungsmittelindustrie sowie die großen Lagerhäuser und Speicheranlagen wären, je nach ihrer Art, als städtische Unternehmungen zu organisieren, wobei für ihre demokratische Führung und Kontrolle unter Mitwirkung der Arbeiterschaft Vorsorge zu treffen wäre. Die Zusammenfassung aller dieser kommunalen Unternehmungen des Ernährungswezens in einer Generaldirektion der Unternehmungen der städtischen Ernährungswirtschaft wäre vorzusorgen.

Schließlich soll der Stadtsenat gemäß einem vierten Antrag beauftragt werden, alle geeigneten Schritte einzuleiten, um eine Kommunalisierung von Großunternehmungen der Ziegelindustrie, der Gipswerke und nach Möglichkeit auch anderer Unternehmungszeige der Baustoffindustrie zu erwirken. Insbesondere wird bei den Verhandlungen über die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien auf diesem Gebiete das Interesse der städtischen Bevölkerung, das für die Kommunalisierung dieser Industriezeige spricht, zu vertreten sein. Die Führung dieser kommunalisierten Unternehmungen wird in der Organisationsform der städtischen Unternehmungen zu erfolgen haben. Bei größerer Ausdehnung dieser angestrebten Kommunalisierung auf dem Gebiete der Baustoffindustrie wird eine Zusammen-

fassung der kommunalen Unternehmungen dieser Industriegruppe in einer Generaldirektion für die städtische Baustoffindustrie in Erwägung zu ziehen sein.

Die GR. Muhr (SP.) verwies zu Beginn ihrer Rede auf die Schäden, die unsere Generation durch die beiden Weltkriege erlitten habe. Zehntausende haben ihre Wohnungseinrichtung verloren und auch die anderen Haushalte können nichts mehr nachschaffen. Wenn nun mit der Produktion von Verbrauchsgütern begonnen werden sollte, dann möge man nicht an die Frauen vergessen. Die moderne Technik habe im Arbeiterhaushalt noch keinen Eingang finden können, trotzdem auf der anderen Seite Erfindungen gemacht wurden, die, wie die Atombombe, nur der Zerstörung dienen. Diese Haushalte kennen keinen elektrischen Staubsauger, keine elektrische Bodenbürste und der Waschtag ist für sie noch immer ein Schreckenstag. Für Frauen, die bis zu 50 Stunden arbeiten müssen, wäre es bestimmt schwer, ohne diese Erleichterungen im Haushalt auszukommen. Es wäre eine grosse Aufgabe für die städtischen Unternehmungen, sich mit der Herstellung solcher Geräte zu befassen und zwar zu Preisen, die für den Arbeiterhaushalt erschwinglich sind. Die letzten 7 Jahre hätten gezeigt, dass Volksvermögen genug da war, um einen Krieg zu führen, man möge uns deshalb nicht einreden, dass wir zu arm wären, um ein solches Verlangen zu stellen. Wenn es die Frau einmal im Haushalte leichter hat, wird sie endlich Zeit finden, um sich auch ihrer Familie widmen zu können. (Beifall)

Zum Schlusse ihrer Rede gedachte GR. Muhr des verstorbenen Stadtrates Hugo Breitner, der sich durch seine Taten ein Denkmal geschaffen habe, das schöner wäre als ein solches aus Stein und Marmor hätte sein können.

GR. Ruthner (ÖVP) verwies zu Beginn seiner Rede auf den in Aussicht genommenen Ausbau unserer Energiewirtschaft. Nicht nur der Donaustrom, sondern auch die vielen Gefällstufen der österreichischen Flusse und die vorhandenen Alpenseen könnten 20 Milliarden Kilowatt Strom herstellen. Was dies bedeute, sagt ein Vergleich mit dem Jahre 1932, in welchem 367,000.000 Kilowatt Strom verbraucht wurden. Der Ausbau der Wasserkraftwerke soll nicht nur Sache des Bundes, sondern auch Angelegenheit der Gemeinde Wien sein. Nach Amortisierung der für den Aufbau aufgewendeten Mittel würde zweifellos ein Reinertrag

zu Tage treten, der sich aus den ganz geringen Betriebskosten ergeben würde. Wohl wären im Augenblick keine Mittel zur Herstellung solcher Wasserkraftwerke vorhanden, trotzdem wird es aber Zeit, dass sich der Wiener Gemeinderat mit derartigen Problemen beschäftigt. Wenn es der Gemeinde Wien gelingt, für den eigenen Bedarf und darüber hinaus die Industrie mit elektrischem Strom zu versorgen, dann werden auch die Wiener Verkehrsbetriebe bei der Neuschaffung schnellfahrender Massenverkehrsmittel wesentliche Erfolge erzielen können. Die ÖVP stelle in diesem Zusammenhang keine Anträge, sie wirft diese Frage aber auf, damit sich die verantwortlichen Stellen der Gemeinde Wien mit diesen Problemen bald zu beschäftigen beginnen. (Beifall)

GR. Hummel (SP^K) sprach davon, dass auf dem Gebiete der Kommunalisierung viel zu ängstlich vorgegangen werde, sie aber absolut einer Lösung zugeführt werden müsse. Vor allem müssten die Brotfabriken und die Provisionierungsbetriebe kommunalisiert werden.

Ein Betrieb der unbedingt in die Kommunalisierung einbezogen werden müsste, ist die Leichenbestattung. Sie wurde 1907 schon durch Bürgermeister Dr. Lueger eingeleitet. Im selben Jahre wurde von dem späteren Bürgermeister Weisskirchner im Reichsrat ein Gesetz eingebracht, dass in allen Gemeinden diese Betriebe der Kommunalisierung zugeführt werden sollen. Diese Entwicklung ist stetig vorwärtsgegangen und erst im Jahre 1935 von Minister Stockinger angeknüpft worden. Es wurde eine Novelle erlassen, dass die weitere Kommunalisierung einzustellen ist. Wäre dies nicht eingetreten, könnte die städtische Leichenbestattung heute Preise und fast alles bestimmen und so wirklich der Bevölkerung dienen. Daher müsse dieser Weg wieder eingeschlagen werden, der schon seit Jahrzehnten in diesem Hause üblich war. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen).

GR. Erber (ÖVP) sprach über das Brauhaus der Stadt Wien. Es wurde 1908 von Dr. Lueger als Preisregulator geschaffen. Durch die Beschlagnahme der Gerste ist derzeit fast kein Bier zu bekommen. In der heutigen Zeit der Lebensmittelknappheit wäre es nötig, gerade dem ärmsten Teil der Bevölkerung zusätzlich Nahrung zu verschaffen. Der zuständige leitende Stadtrat sollte daher alle Hebel in Bewegung setzen, damit durch Zuwendung von Gerste und Hopfen die Biererzeugung angekurbelt werde.

GR. Fritsch (SPÖ) erwähnte, dass versucht werden sollte, die Strassenbahnfahrergäste zu grösserer Disziplin zu erziehen. Vor allem in Bezug auf "Links-Gehen" auf der Stadtbahn, "Hinten einsteigen, vorne aussteigen", "Rucksack-Verkehr" usw. Ferner sollte der Gemeinerat beschliessen, den letzten Beiwagen der Strassenbahnzüge für das Rauchen freizugeben.

Die Landwirtschaftsbetriebe der Gemeinde Wien, die immer Musterbetriebe waren, sollten in die Lage versetzt werden, wieder ihre volle Tätigkeit zu entfalten. In der Umgebung Wiens gibt es viele grosse Güter, die im Besitz von Nazi waren, und die von der Stadtverwaltung erworben werden könnten, um die Landwirtschaftsbetriebe auszubauen. (Beifall)

GR. Unger (ÖVP) bemängelt die einseitige Behandlung von Plakatierungsaufträgen durch die "Gewista". Sie erhebt die dringende Bitte, es möge auch ihrer Fraktion von der Gewista so viel an Papier und Fläche zur Verfügung gestellt werden, als sie demokratischerweise prozentuell zu beanspruchen berechtigt sei. Darüber hinaus sollten diese Plakate in der Art der Anbringung und dem Zeitraum der Belassung gegenüber den Plakaten anderer Parteirichtung nicht zurückgestellt werden.

GR. Analie Reznicek (SPÖ) richtete zu dem Voranschlag der Gaswerke die Anfrage, warum bei der Veranschlagung die Nebenprodukte nur zum Teil berücksichtigt wurden und wie sich die Gebarung bei ihrer vollen Berücksichtigung erstellen würde. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, zum Ausgleich des Verlustes infolge von Schwankungen in den Wasserkraftwerken die kalorischen Werke betriebsfähig zu erhalten, und fordert Verhandlungen zur Herabsetzung des Ölpreises. Wenn nach dem Wunsch der Alliierten unsere Währung Beständigkeit haben und die Kriegsschäden ausgebessert werden sollen, muss es mit ihrer Hilfe möglich sein, Öl zu jenem Preis beziehen zu können, der den Gestehungskosten ohne Abdeckung von Rückständen entspricht. Der Wagenpark der Strassenbahn sei veraltet. Die neuen Typen seien zwar modern, doch weniger hübsch, solid und hygienisch.

Zur Verbesserung des Strassenbahnverkehrs in den Morgenstunden stellt die Rednerin den Antrag, der Wiener Gemeinerat möge die Wiener Verkehrsbetriebe anweisen, den Beginn der Verkehrszeit vorzuverlegen und zwar so, dass jederzeit von allen Richtungen zu den ersten

Personenzügen der Bahnen Verbindung bestehe. Es gehe nicht an, dass die Verkehrsmittel nachts für alle in Betrieb sind, die vom Vergnügen beifahren wollen, während die um ihre Existenz und Lebensbedingungen schwer ringende Bevölkerung ihren Marsch zum ersten, oftmals einzigen Personenzug noch in der Nacht antreten muss.

Hinsichtlich der Sargfabrik in Atzgersdorf stellt die Rednerin die Anfrage, ob Verhandlungen nach Freigabe von heimischen Rohstoffen geführt wurden, bzw. welchen Stand diese aufweisen.

GR. Mazur (ÖVP) verwies auf die Hochkonjunktur die die städtische Leichenbestattung im vorigen Jahr hatte. 1945 gab es über 51.000 Sterbefälle und auch 1946 muss mit einer hohen Ziffer gerechnet werden. Gerade die Schwierigkeiten auf diesem Gebiet im Jahre 1945 haben gezeigt, wie wichtig sich die Privatinitiative auswirkte. Es gehe daher nicht an, dass man gegenwärtig am Werke ist, eine Gewerbegruppe zu sozialisieren, der die Gemeinde Wien im Falle der Übernahme kaum die gleiche Existenzmöglichkeit bieten könnte.

Stadtrat Dr. Exel erklärte in seinem Schlusswort, dass in den städtischen Unternehmungen unbedingte Betriebsdemokratie herrsche. Was den Gas- und Strompreis betreffe, so werde der Regeltarif durch einen Einheitstarif ersetzt werden, wenn sich halbwegs die Möglichkeit ergeben sollte, Kalkulationen anzustellen. In der Angelegenheit Schutzanzüge bei den E-Werks- und Gaswerksarbeitern ist zu sagen, dass inländischer Molino aufgebracht werden wird, um neue Ware erzeugen zu können. Der polnische Handelsvertrag, erklärte Stadtrat Dr. Esel, sei deshalb nicht zustande gekommen, weil die erforderlichen Kompensationsmaterialien nicht zur Verfügung standen.

Am Tagematerial werde andauernd gearbeitet und in der Schweiz sind Studien an 100-Personenwagen (Peter-Wittwagen) angestellt worden. Leider haben wir nur alte Wagen und es gebe keinen Zauberspruch, um diese in modernes Material zu verwandeln. Stadtrat Dr. Exel meinte, dass die Gaswerke immer bestehen werden und auch die Notwendigkeit die Gaswerke auf den modernsten Stand zu bringen, bzw. sie auszubauen, weil die für die Gasproduktion gewonnenen Nebenprodukte devisenschaffend wären. Was die Anlage eines Fernheizwerkes betreffe, so kann ein solches nicht in den Wirtschaftsplan eines Jahres gesetzt werden. Ein Fernheizwerk mit österreichischen Mitteln hergestellt, würde aber einen Schritt auf dem Weg zur Entproletarisierung der Massen bedeuten. Ferner stellte der Redner fest, dass

die Verlängerung der Strassenbahn bis 2 Uhr früh auf ausdrücklichen Wunsch der Alliierten erfolgte. Ob eine Vorverlegung des Betriebsbeginnes möglich ist, wird geprüft werden.

Den Abstand zwischen den Haltestellen zu verkürzen ist bei dem derzeitigen Wagenstand nicht möglich. An einer Dienstordnung für die drei grossen Unternehmungen wird ernsthaft gearbeitet. Dafür, dass jemand auch ohne entsprechendes Vorstudium vorrücken kann, sind die städtischen Unternehmungen immer ein Beispiel gewesen. Bezüglich des Rahmenvertrages ist eine gewisse Erleichterung dahingehend eingetreten, dass z.B. der Stundenlohn von 73 auf 84 Groschen erhöht wurde. Dies ist zwar immer noch nicht erfreulich, doch wir können die Tarife nicht beliebig heraufsetzen, denn wir stehen unter der Kontrolle der Alliierten Lohnkommission.

Bezüglich des Gaspreises sagte der Redner, dass dieser vom Weltmarktpreis der Kohle abhängig ist. Wegen des Ölpreises seien Verhandlungen im Gange, um eine Korrektur desselben zu erreichen.

Die Hausfrauen werden bald in der Lage sein, in leicht zu bestreitenden Raten die wichtigsten elektrischen- und Gasgeräte zu beschaffen.

Bezüglich der Kommunalisierung der Leichenbestattung sagte der Redner, dass dies eine Bundesangelegenheit sei und die bezügliche Gewerbe-gesetz-Novelle nur im Wege des Parlaments und einer Parteienvereinbarung zu Fall gebracht werden kann.

Zum Schluss sprach der Redner den Wunsch aus, dass alle Krisenerscheinungen beseitigt und dass einmal die ideale Leichenbestattung gefunden werden möge. (Beifall)

Bei der Abstimmung werden die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen einstimmig genehmigt.

Die zu diesem Hauptstück eingebrachten Anträge wurden dem Stadtsenat bzw. den zuständigen Ausschüssen oder den Direktionen der betreffenden Unternehmungen zugewiesen.

Die Verhandlung des Kapitels "Kultur und Volksbildung" leitete amtsführender Stadtrat Dr. Matejka ein. Er führte unter anderem aus:

Bei der steigenden Bedeutung, die allen kulturellen und volksbildnerischen Fragen zukommt, hat es sich als zweckmäßig und zeitgemäß erwiesen, verschiedene - wenn auch lange nicht alle - Kultur- und Volksbildungsangelegenheiten betreffende Geschäftsbereiche im Rahmen der Gemeindeverwaltung in einer eigenen Verwaltungsgruppe zusammenzufassen. Ihre für den Laien oft kaum übersehbare Vielfalt und die mannigfachen Beziehungen, die sich zu den anderen Verwaltungsbereichen der Gemeinde ergeben, erfordern ihre Behandlung von einer Stelle aus, um der Gefahr einer unfruchtbaren Doppel- oder Mehrgeleisigkeit und einer kostspieligen Kräftezersplitterung vorzubeugen.

Der vorliegende Budgetentwurf trägt deutlich die Kennzeichen eines Notbudgets, denn es entspricht schon rein zahlenmäßig keineswegs auch nur im entferntesten allen Bedürfnissen und Erwartungen. Dabei halten wir uns bei allen unseren Verpflichtungen nicht weniger als bei unseren Planungen stets vor Augen, daß die finanziellen Wünsche auf kulturellem Gebiet heute zurücktreten müssen. Trotzdem versagen wir es uns nicht, mit allem Ernst und zähem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß den kulturellen Dingen keineswegs nur ein rein ideeller Wert innewohnt. Nur eine Vogel Straußpolitik kann das übersehen. Wien gilt nun einmal - trotz allen materiellen und geistigen Ruinen - als eine Kulturstadt Europas. Für viele ist sie sogar eine Kulturmetropole der Welt. Dieser Ruf, den die Stadt außerhalb unseres Landes noch besitzt, verschafft uns Freundschaft und Zuneigung in aller Welt. Er muß mit besten Kräften gewahrt werden. Er kann sich aber niemals auf die Dauer auf Vergangenes allein begründen, er muß durch neue kulturelle Leistungen, durch neue künstlerische Schöpfungen in die Tiefe und Breite, durch volksbildnerisches Neuland immer neu gerechtfertigt werden. Hier heißt es, alle kulturell Tätigen und Interessierten zu fördern und anzuregen, bestehende Einrichtungen um zeitnotwendige zu bereichern. Nachdem nunmehr viele Fesseln gefallen sind, ist die Stadt der Welt geöffnet. In sinnvoller Wechselwirkung ist sie be-

rufen, von außen her neue Anregungen zu empfangen und ausstrahlend neue Impulse für die Entwicklung der Kultur der Menschheit zu geben.

Unerlässlich ist dabei die Rücksichtnahme von Seiten der Stadtverwaltung auf die Freiheit des kulturellen Lebens. Auch wenn sie noch so umsichtig und nie erlahmend ist, helfend, fördernd, beratend, betreuend, initiiierend, planend, ja sogar lenkend mitzuwirken. Es war Unkultur schlimmster Art und Kennzeichen faschistischer Gewaltherrschaft, Kultur, ich möchte sagen, nach bestimmten Rezepten aus der Giftküche des Rassismus, Chauvinismus und Imperialismus zu erzeugen und zu verordnen. Die "Ausrichtung" im Sinne eines preußisch militärischen Drillens war die schwerste Bedrohung unserer kulturellen Substanz.

Angesichts der kleinen Zahlen im Budget lehrt uns die Praxis des abgelaufenen Jahres: nicht immer und überall ist in kulturellen Dingen die finanzielle Förderung das Entscheidende. Die freien Kräfte des kulturellen Aufbauwillen müssen vielmehr das Gefühl haben, daß ihnen die öffentliche Hand, der öffentliche Kopf, aber auch das öffentliche Herz freundschaftlich entgegenkommen, daß sie dort mit mitfühlendem Verstehen und mit verständnisvollem Rat rechnen können. Sie sollen praktisch erfahren, daß eine öffentliche Sorge für Kulturinteressen gepaart sein kann, mit Sinn für Initiative, für neue Formen und für zeitbedingte Methoden.

So haben wir uns von der Stadt aus bemüht, kulturelle Verpflichtungen der Stadtverwaltung einzulösen. Wo die Stadt selbst die Kulturarbeit unmittelbar betreut, war sie bemüht, den Apparat möglichst elastisch zu formen.

Über die einzelnen Ansätze des Voranschlages sagte der Berichtserstatter: Fast 60 Ausstellungen kultureller und künstlerischer Art wurden seit Mai 1945 in unserer Stadt gemacht, die meisten im Einvernehmen mit der Stadt, viele von ihr initiiert und betreut, die wenigsten subventioniert. Trotzdem hat die Stadt in vorsorglicher Weise einen Betrag von 50.000 S hierfür eingesetzt. Die seit einem Jahr in Vorbereitung befindliche Ausstellung "Niemals Vergessen", die die sieben Nazijahre dokumentarisch ins Gedächtnis ruft, ist von der Stadt angeregt und betreut. Rechnungsgemäß wird sie ge-

sondert durchgeführt.

Nach Beendigung der Kriegshandlungen geht nunmehr der Wiener Magistrat daran, auch die Naturschutzmaßnahmen wieder durchzuführen.

Der für Ehrungen ausgeworfene Betrag von 70.000 S dient im wesentlichen zur Bestreitung von rund 80 ehrenhalber zuerkannten außerordentlichen Zuwendungen, die sich in der Höhe von 75 S bis höchstens 150 S im Monat bewegen.

Für Stipendien und Schulgeldbeihilfen an Schüler der öffentlichen Kunstschulen ist der Betrag von 50.000 S vorgesehen. Darunter befinden sich 10 Stipendien für die Akademie für Musik und darstellende Kunst, 10 für die Hochschule für angewandte Kunst, 10 anlässlich des 250jährigen Bestandes der Akademie der bildenden Künste gestiftete und 5 anlässlich des 100jährigen Bestandes der Wiener Philharmoniker gestiftete Stipendien.

Für die Wissenschaftspflege ist ein Gesamtbetrag von 13.500 S vorgesehen, der insbesondere zur Auszahlung des von der Stadt Wien gestifteten Billroth-Preises für hervorragende ärztlich-wissenschaftliche Leistungen in der Höhe von 10.000 S dient.

Für Kunstförderung sind 173.000 S vorgesehen. Dieser Betrag ist sehr bescheiden, wenn man die tausendfachen Nöte unserer Künstler kennt. Den genannten Betrag trachten wir mit neuartigen Mitteln, die kein Budget vorsieht, zu erhöhen. Er dient vor allem für die Auszahlung der von der Stadt Wien gestifteten Kunstpreise für Malerei, Architektur, Bildhauerei, Graphik und angewandte Kunst und Kunsthandwerk, sowie für Musik und Dichtkunst, wofür je zwei Preise bestimmt sind. Sie betragen je 5000 S.

Die Förderung erfolgt in Form von Aufträgen an Künstler oder im Ankauf von Werken.

Ein größerer Betrag ist auch für die beabsichtigte Wiener Bruckner-Festwoche im Herbst dieses Jahres reserviert. Besonders gilt die Obsorge der Förderung des musikalisch-künstlerischen Nachwuchses, der Überprüfung der jungen Künstler. Nach Maßgabe des Prüfungsbefundes werden dann die Künstler an den Rundfunk oder für Konzertveranstaltungen empfohlen. Ganz allgemein weise ich hin auf die Förderung der Wiener Kirchenmusik, Betreuung der Privat-Musikschulen, des Chorwesens, der verschiedenen Schichten und Gruppierungen unserer Bevölkerung und die Durchführung, bzw. An-

regung besonderer musikalischer Veranstaltungen, wie etwa auch die Gustav Mahler-Feier und die Beethoven-Feier.

Das Künstlerhaus, die wieder zum Leben erweckte Sezession (zuerst ohne, hoffentlich recht bald mit Haus), die Kunstgemeinschaft, um einige Beispiele zu nennen, genießen die ständige Förderung und Hilfe der Verwaltung Gruppe für Kultur und Volksbildung.

Die Musiklehranstalten umfassen das Konservatorium der Stadt Wien als Hauptanstalt, eine berufsausbildende Lehranstalt, ferner die 6 Musikschulen der Stadt Wien in den Bezirken, und die Kindersingschule der Stadt Wien, die an den einzelnen öffentlichen Volks- und Hauptschulen ihre Tätigkeit ausübt. Der Schülerstand betrug zuletzt am Konservatorium 875, an den Musikschulen 443 und an den Kindersingschulen 3966. Die in die Breite gehende Organisation der Kindersingschule der Stadt Wien ist die Einrichtung zur Erfassung des musikalischen Nachwuchses auf breitester Grundlage. Das Konservatorium, an dem namhafte Lehrkräfte wirken, umfaßt alle Zweige der Musik, es besitzt eine Abteilung für Tanz, eine Opernklasse und eine Abteilung für Sprech- und Vortragskunst. Die Zahl der Lehrpersonen beträgt am Konservatorium derzeit 91, an den Musikschulen 31 und an den Kindersingschulen 25.

Die Musiklehranstalten der Stadt Wien wollen weder den privaten noch den öffentlichen Musiklehranstalten materiell irgendwie Konkurrenz bereiten.

Die Moderschule der Stadt Wien, die auf die frühere Wiener Frauenakademie zurückgeht, wurde durch die Kriegsereignisse schwer betroffen. Die Schule in der Siegelgasse (3. Bezirk) wurde im Herbst 1944 vollständig ausgebombt und konnte bisher nur notdürftig in den Räumen des Konzerthauses, des Zwiebackhauses und früher auch des Konservatoriums der Stadt Wien untergebracht werden. Die Moderschule ist eine vom kulturellen und wirtschaftlichen Standpunkte für Wien bedeutungsvolle Einrichtung. Die Wiener Mode ist auch heute noch oder heute schon wieder ein Begriff im Ausland. Das bewies unsere erste ausländische Modenschau, die vor kurzem in Zürich mit Erfolg gezeigt wurde. Das Wiener modische Schaffen, insbesondere auch die modisch-künstlerischen Leistungen sind eine begehrte Exportware. Zu erwähnen ist, daß das Ausland in früherer Zeit eine beträchtliche Zahl von Schülerinnen gestellt hat. Es

wird daher daran zu denken sein, der Schule ein Internat anzugliedern.

Derzeit beträgt die Zahl der Schülerinnen 160, die von 10 Lehrern bzw. Lehrerinnen unterrichtet werden.

In aller Öffentlichkeit verdient die große Leistung der Gemeinde Wien für die Staatstheater in diesem wie im vergangenen Jahr hervorgehoben zu werden. Die Stadt Wien erwies sich als österreichischer Patriot, daß sie der Staatsoper, die ihr Haus verloren hat, gleich zwei Häuser nahezu kostenlos zur Verfügung stellte. Die Staatstheaterverwaltung machte uns klar, daß sie in Anbetracht der staatsfinanziellen Nöte ohne traditionelle staatliche Subventionen die Staatsoper nur führen könne, wenn sie über neue Theaterhäuser verfüge, die genug großen Fassungsraum im Ausmaß des abgebrannten Staatsopergebäudes haben. So ergab sich die Liquidierung der städtischen Volksoper als eine Notwendigkeit im höheren Interesse. Die Stadt Wien ist allerdings der Meinung, daß ihr Einfluß - im Interesse der kunstliebenden Massen der Bevölkerung - der Staatsoper gegenüber gesichert werden muß. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um die beiden Theaterhäuser der Staatsoper auch den minderbemittelten Wienern zugänglich zu machen. Die heutigen Preise machen das unmöglich. Auch die Spielplangestaltung muß auf die wirklichen Bedürfnisse der Wiener Bevölkerung Rücksicht nehmen. Wenn "Tristan und Isolde" um 5 Uhr nachmittag beginnt, so kann mit Recht gefragt werden, wem zu Gefallen? Der arbeitende Mensch hat um 5 Uhr höchstens am Samstag oder Sonntag Zeit. Die Stadt kann auch aus einem anderen Grund als der große Mäzen der Staatstheater belobt werden: sie verzichtet - auch bei ihrer heute schwer angespannten Finanzlage - auf jede Lustbarkeitsabgabe von den Staatstheatern.

Viel Arbeit hat der Gemeinde Wien 1945/46 die Hilfeleistung bei der Inbetriebsetzung der Wiener Theater und sonstiger Kultur- und Vergnügungsstätten gemacht. Aber wir können heute mit Befriedigung feststellen, daß die Arbeit sich gelohnt hat. Was auf dem Gebiet des Wiener Theaters noch fehlt, ist eine zeitgemäße Publikumsorientierung, die besonders den minderbemittelten Wienern den regulären Theaterbesuch ermöglicht.

Die Fälle, in denen Personen oder Personengruppen die Theaterbehörde unter einem gewissen Druck setzen wollen, um eine Konzession zu erlangen, sind nicht neu. Einmal wird darauf hingewiesen, daß

der finanzielle Ruin unmittelbar vor der Tür stehe, wenn die Konzession nicht erteilt würde, in einem anderen Falle ist es wider der Hinweis auf das bereits getätigte Engagement von Künstlern und Arbeitern.

Die Behörde wird sich von ihren Entschlüssen durch derartige Einwirkungen in keinem Falle abbringen lassen. Sie wird grundsätzlich und ausnahmslos in allen Fällen, in welchen der Versuch einer derartigen Einflußnahme festzustellen ist, die Konzession verweigern, denn es spricht vor allem auch gegen die im Theatergesetz geforderte Verlässlichkeit des Bewerbers, wenn er unberechtigt so weitgehende Vorbereitungsmaßnahmen trifft, wodurch auch noch gutgläubige Dritte schwer benachteiligt werden können.

Die Städtischen Büchereien sind eine hochbedeutsame Einrichtung praktischer Volksbildungsarbeit. Sie haben in außerordentlich kurzer Zeit nach Beendigung der Kriegshandlungen bereits ihre Tätigkeit wieder aufnehmen können und nach Sicherung und Ordnung des Buchbestandes ihre Pforten der lesehungrigen Bevölkerung wieder eröffnet. Sie pflegen hiebei die in ganz Österreich und auch international anerkannte und wertvolle Tradition der Arbeiterbüchereien und durften sich bei ihrer Tätigkeit in dankenswerter Weise auf die einhellige Auffassung aller drei demokratischen Parteien über die Notwendigkeit der Führung städtischer Büchereien stützen.

Insgesamt sind derzeit 41 Büchereien in Betrieb. Die Zahl der Mitarbeiter beträgt 1.000. Bei der Führung der Büchereien bereitet begreiflicherweise heute die Beschaffung der notwendigen Bücher die größte Sorge. Die Bestände der städtischen Büchereien wurden schon durch die Ausscheidungsmaßnahmen des Jahres 1934 und dann des Jahres 1938 um sehr wertvolles Bildungs- und Kulturgut gebracht. Freilich mußten wir auch 1945 ausscheiden, und zwar 50.000 Bände. Wir taten es aber umso lieber, als es sich hier um faschistischen Ungeist handelte. Bis jetzt konnten aber erst 40.000 Bände demokratisch einwandfreien Schriftgutes eingestellt werden. Der derzeitige Buchbestand beträgt 150.000 Bände bei einer Leserzahl von 22.000. Zum Vergleich und zum Ansporn für heute seien folgende Zahlen angeführt: Bis Februar 1934: 73 Büchereien mit 52.000 Lesern und 320.000 Bänden. 1934 bis 1938: 53 Büchereien mit 30.000 Lesern und 200.000 Bänden.

Die Landesbibliothek für Wien und Niederösterreich ist durch die Kriegshandlungen schwer betroffen worden. Der Bestand an

Apparaten und Material aller Art ist stark gelichtet. Der regelrechte Betrieb konnte bereits im Herbst des vorigen Jahres begonnen werden. Die Landesbildstelle hat vor allem den Schulfilm und den Bildarchivdienst für den Unterricht und im besonderen auch für die Volksbildungseinrichtungen zu versehen. Durchschnittlich werden im Monat 700 Filmrollen an Schulen und 120 Reihen Stehbilder ausgegeben. Der Verleih für Volksbildungseinrichtungen und auch private Interessenten erhöht sich zusehends. Die Landesbildstelle besitzt auch ein Bildarchiv, das in der letzten Zeit insbesondere durch Aufnahmen aus dem zerstörten Wien und von den Aufräumarbeiten ergänzt wurde.

Der für die Denkmalpflege ausgewiesene Betrag von insgesamt 21.000 S erscheint wohl außerordentlich gering, es ist aber andererseits mit Rücksicht auf den bestehenden Mangel an Material und Arbeitskräften nur mit einer geringen Möglichkeit von Wiederherstellungsarbeiten zu rechnen.

Über Initiative der Stadt Wien wurden aus einer Anzahl freiwilliger Mitarbeiter Arbeitsgruppen gebildet, die bei der Bergung von Kulturwerten aus den Gebäuderuinen und Schuttmassen eingesetzt wurden.

Die Stadtbibliothek wurde durch die Beschädigung des Rathauses schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die Aufräumarbeiten und Ordnungsarbeiten im Hause und die Rückführung des Bergungsgutes bilden noch heute einen großen Teil ihrer Tätigkeit. Am 5. November 1945 konnte der Lesesaal für das Publikum wieder geöffnet werden.

Ähnliche Verhältnisse obwalten auch bei den Städtischen Sammlungen. Die Stadtbibliothek und die Städtischen Sammlungen können für Wien eine hervorragende Anziehungskraft werden, wenn es gelingt, sie öffentlich und repräsentativ würdig in Erscheinung treten zu lassen. Durch entsprechende Neuerwerbungen müssen die Bestände der Sammlungen ständig ergänzt werden. Wichtig scheint es unter allen Umständen im Interesse der Stadt und der Allgemeinheit, das Verbleiben von Kulturwerten des Wiener Lebensraumes in Wien zu sichern.

Dem Sportreferat oblag und obliegt auch heute noch die Aufgabe, den Bestand der Sporteinrichtungen zu sichern, sie zu erhalten und zu verbessern. Daß die Zahl der vorhandenen Sportanlagen und ihre Beschaffenheit für die Bedürfnisse der sportliebenden Bevölkerung nicht ausreicht, ist unbestreitbar. Die Sorge wird daher im Rahmen einer bereits begonnenen Planung dahingehen, alles vorzukehren, um die erforderliche Anzahl geeigneter Sportplätze, insbesondere Jugendspielflächen im Gebiete der Stadt Wien zu errichten. Die Zahl

der städtischen Sportplätze beträgt heute 102, hievon 61 im Betriebe, die Zahl der Jugendspielplätze beträgt 60, hievon 40 im Betrieb.

Der Redner befürwortet sodann eine noch weitergehende Förderung der Wiener Symphoniker, die wir aus dem Nichts im vergangenen Jahr wieder aufgebaut haben. Die Subventionen für die Volkshochschulen gehören auch zu einer Ehrenpflicht der Gemeinde, die schon seinerzeit eine recht enge Beziehung zwischen der freien Volksbildung und der Stadtverwaltung aufrechterhalten hat.

Die Ziffern des Voranschlages kennzeichnen keineswegs alle Aufgaben der Verwaltungsgruppe "Kultur und Volksbildung". Eine Fülle von Fragen und Verwaltungsgeschäften, die keinen ziffernmäßigen Niederschlag im Budget finden, beschäftigt die Dienststellen. Hier sei nur kurz auf die Theater- und Kinopolizei verwiesen, auf die Verkehrsflächenbezeichnung, auf die zahlreichen Probleme, die sich auf dem Gebiete des Volksbildungswesens ergeben, ferner der Wissenschaftsförderung und der Betreuung kultureller Einrichtungen, so zum Beispiel: der Konzerthausgesellschaft, der Gesellschaft der Musikfreunde, der Gesangsvereine, der Wiener Symphoniker, der Wiener Sängerknaben, des Künstlerhauses, der Sektion, der Gesellschaft der Filmfreunde, des Wiener Kunsthandwerkvereines, der Schachorganisationen, der Wiener Verlagseinrichtungen usw. Auch die Probleme der Neuorganisation der Wiener Fremdenverkehrswerbung beschäftigen die Verwaltungsgruppe III.

Wenn ausländische Zeitungen immer häufiger schreiben, daß der kulturelle Sektor in Wien aller Not zum Trotz wie kein anderer blühe, so macht uns das nicht übermütig. Denn wir wissen, daß vielfach zunächst nur ein Apparat auf Ruinen ersteht und daß um neue dauerhafte Formen und vor allem um den neuen Geist erst noch richtig gerungen werden muß. Ich denke da an die systematische Ausgestaltung des Wiener Volksbildungswerkes. Wir leben in einer Stadt, in der Iudo Hartmann und seine Freunde vor einem halben Jahrhundert angefangen haben, einen Bildungsgürtel um eine friedliche Stadt zu legen. Durch Faschismus und Krieg sind wir stark zurückgeworfen worden. Umso dringender erwartet uns hier eine Aufgabe.

Der Redner berichtete sodann über den Wiener Kulturfonds, dem im ersten Jahr 150.000 S. zufließen. Sie kamen vielen Menschen

und Institutionen zugute, denen Soforthilfe nottat und für die das normale Budget nichts vorgesehen hat. Nun erscheint der "Wiener Kulturfonds" zum ersten Mal in unserem Budget in einem eigenen Sondervoranschlag.

Stadtrat Dr. Matejka sagte öffentlich Dank allen jenen, die aus freier Initiative und mit leerem Magen die unsichtbare Klein- und Kleinstarbeit für den Neubau unseres kulturellen Lebens geleistet haben. Dank allen Wienern und Wienerinnen, denen der Ruf ihrer Kulturstadt eine tägliche Verpflichtung geblieben ist. Dank aber auch den vielen Helfern der alliierten Mächte, ohne deren Bereitschaft und Verständnis manches nicht oder nicht so schnell gelungen wäre. (Beifall.)

In der Debatte sprach als erster Gemeinderat Dr. Neubauer (SPÖ). Er betont, die Sozialdemokratische Partei könne für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, Schrittmacher der Volkseidungsidee gewesen zu sein und kommt im Zusammenhang damit auf die Schulerziehung als Vorstufe jeder Volksbildung zu sprechen. Wir wollen eine Schule, die sich in gewissen Dingen sehr scharf von der Schule der Vergangenheit unterscheidet und die unseren Kindern das Fortschreiten zu wahrer Bildung vermittelt. In der Ära Breitner - Glöckel wurde hier eine bahnbrechende Tat gesetzt. Aufgabe der Schule müsse es unter anderem sein, die sozialen Unterschiede nach Möglichkeit zu überbrücken. Die allgemeine Mittelschule sei für die Sozialistische Partei eine Grundforderung, weil sie für die Demokratisierung der Bildung und gegen das Bildungsprivileg eintrete. Dementsprechend müßten auch in den höheren Stellen des Staatsdienstes mehr aus den Arbeiterkreisen hervorgegangene Beamte sitzen.

Religion ist Privatsache. Wir Sozialisten haben Achtung vor jeder religiösen Überzeugung, die wir noch niemandem weggenommen haben. Wir kennen ihr ein Recht zu, aber kein Vorrecht. Deswegen lehnen wir die Stellungnahme der ÖVP zu diesem Punkt ab.

Der Redner forderte die Vermehrung der beruflichen Fach- und der beruflichen Oberschulen und schloss seine Rede mit den Worten, "Je besser die Schulbildung, desto höher die Volksbildung!" (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten)

GR. Dr. Trautzi (ÖVP) gab der Ansicht Ausdruck, dass es nicht so wichtig wäre gegen den politischen Nazismus anzufechten, weil nur noch Querköpfe der Meinung sein können, dass dieser eine politische Auferstehung erleben könnte, als gegen den nazistischen Ungeist, der in den Herzen und Hirnen unserer Jugend eingedrungen wäre. Der Redner forderte die Entpolitisierung des Kunstlebens und vertrat die Überzeugung, dass sich niemand bei Betrachten eines Kunstwerkes eine politische Brille aufzusetzen pflege. Wenn wir auch Feinde jeder diktatorischen Bestrebung sind, so wäre es doch wünschenswert, wenn dem Amt für Kultur und Volksbildung ausserordentliche Vollmachten im Kampfe gegen Schmutz und Schund eingeräumt werden würden. Unser Wiener Strassenbild muss wieder einer Kunststadt würdig sein. Dabei gilt es vor allem die Jugend zur Mitarbeit heranzuziehen. In Bezug auf die Wiener Hochschulen meinte GR. Dr. Trautzi, dass es nicht anginge, in unserer Stadt eine Hochschule mit 3.000 Hörern aufrecht zu erhalten, deren Absolventen niemals eine Anstellung bekommen könnten, während auf der anderen Seite die zum Wiederaufbau erforderliche handwerkliche Ausbildung fehle. Der Redner gab der Erwartung Ausdruck, dass aus der Pflege der Kunst und der Volksbildung alle engstirnigen Ansichten verbannt werden sollen. Für die ÖVP bedeutet die Förderung von Kunst und Volksbildung kein politisches Schacherobjekt, sondern eine Verpflichtung, die aus dem tiefsten Herzen kommen soll. (Beifall bei den Parteigenossen)

GR. Steinhardt (KPÖ) führte aus:

"Der Bericht des amtsführenden Stadtrates hat uns in Ansehung dessen, dass er seine Arbeit in einem vollständig zerstörtem Kulturzentrum begonnen hat, mit Genugtuung erfüllt. Auch der Umstand, dass das Volk von Wien trotz der geistigen Verwüstung, der es durch das verschleppte Verbleiben ausgesetzt war, seine Kultur behalten, bereitet uns grosse Freude. Es war ein erhebendes Moment, als einige Tage nach der Befreiung Wiens im Grossen Konzerthaus das erste grosse und nunmehr historisch gewordene Konzert der Wiener Philharmoniker stattfand, in dem diese ihre grösse Kunst zeigten."

Gemeinderat Steinhardt stellte acht Anträge, die im wesentlichen folgendes verlangen:

Der erste Antrag beschäftigt sich mit der Forderung von Konzertveranstaltungen für die breite Masse der Bevölkerung und verlangt diesbezügliche organisatorischen Maßnahmen des Magistrats und eine finanzielle Beihilfe der Stadt Wien.

Im zweiten Antrag wird die Schaffung einer Besucherorganisation verlangt, durch die der arbeitenden Bevölkerung der Erwerb billiger Theaterkarten möglich gemacht werden soll.

Im dritten Antrag wird die Durchführung von Konzerten, Vorträgen, Kinovorführungen und künstlerischen Veranstaltungen für die Pflinglinge der städtischen Altersheime gefordert.

Der vierte Antrag wünscht, daß Neu- oder Umbenennungen öffentlicher Verkehrsflächen, städtischer Gebäude, Siedlungen usw. vor allem nach den Opfern des Faschismus erfolgen sollen.

Im fünften Antrag wird die Errichtung eines antifaschistischen Museums verlangt.

Nach dem sechsten Antrage soll der Erlös aus dem Verkauf des Fundus der Volksoper zur Förderung der Kultur und der Volksbildung verwendet werden.

Der siebente Antrag beschäftigt sich mit der Bewilligung von Subventionen und verlangt die Vorlage eines Antrages über die Aufteilung des im Voranschlag für diesen Zweck vorgesehenen Betrages.

Im achten Antrag wird die Errichtung und der Ausbau von Sport- und Spielplätzen für die Jugend gefordert.

Der Redner reklamierte abschliessend die Wiedererrichtung des Denkmals der ersten Republik, das 1934 entfernt wurde.

GR. Josefa Popp (SPÖ) spricht im Interesse der Arbeiterschaft die Bitte aus, nach Ablauf des Pachtvertrages mit der Staatstheaterverwaltung die Volksoper wieder als Theater der Stadt Wien zu übernehmen und der Arbeiterschaft zu mässigen Preisen zugänglich zu machen. (Beifall)

GR. Seifert (ÖVP) erinnert an den Niedergang der Wiener Kunststätten in der nazistischen Aera bis zu ihrer Schliessung und Zerstörung durch Bomben und Brand. Die Rote Armee habe einen grossen Anteil an der Wiedererrichtung dieser Kunststätten.

Als grossen Fehler bezeichnet er die Unterbringung des Burgtheaters im Ronachergebäude. Es müsste nachträglich noch in das Deutsche Volkstheater übersiedeln. Andererseits bestehe auch Mangel an einer grossen klassischen Operettenbühne. Den Wiener Bühnen müsse für ihre erfolgreiche Arbeit im Inlande und die Repräsentation im Auslande der Dank ausgesprochen werden. Leider aber seien ins Ausland, so z. B. in die Schweiz, auch Künstler gekommen, die den Ruf der österreichischen Kunst nicht zu fördern imstande waren. Die Kleinkunstbühnen stehen vielfach noch auf einem sehr niederen Niveau. Um Krisen in der Zukunft zu vermeiden, müsse schon jetzt eine Besucherorganisation grössten Ausmasses eintreten.

Nahrung, Wohnung und Kleidung, das wären die Sorgen der alten und jungen Väter dieser Stadt, bemerkte GR. Planek (SPÖ) zu Beginn seiner Rede. Die Kultur habe diese Dinge als Voraussetzung. Der Redner trat für eine demokratische Kulturauffassung ein, wozu aber erst die vorerwähnten Grundlagen geschaffen werden müssten. Wir wissen aber ganz genau, dass eine Lösung in dieser Richtung noch nicht erfolgt ist und dass es bis dahin noch lange Zeit dauern wird. "Kunst ist Leben und Schönheit, von der Macht und Kraft der Menschlichkeit gestaltet." Wenn Wohnungen mit schönen lichten Höfen gebaut werden, meinte der Redner, so ist mehr Kultur getan worden, als mit irgend einem grossen Werk. Er sei stolz darauf einer Partei anzugehören, die auf solche Kunstwerke, die für die breite Masse des Volkes geschaffen wurden, zurückblicken darf. Unter Hinweis auf die im Jahre 1934 beschlagnahmten Arbeiterbüchereien appellierte Gk. Planek an alle drei Parteien, eine Kulturtat damit zu setzen, dass sie sich gemeinsam bemühen, der Arbeiterschaft dieses Kulturmittel zurückzugeben.

Über die Kunstgenüsse, die derzeit geboten werden, wäre freimütig zu sagen: "Man bietet dem Volk Brot und Spiele, wobei zu sagen ist, daß das Brot immer weniger wird, und die Spiele immer schlechter." Es scheint sich gegenwärtig eine Kulturinflation eingeschlichen zu haben. Diese zu überwinden, ist eine äusserst wichtige Aufgabe. Es ist notwendig, daß unsere jungen Menschen wissenschaftlich denken lernen, um jenen Ungeist in sich zu überwinden, jenen "inneren Nazi", der noch immer in manchen Köpfen spukt.

(Beifall)

Gemeinderat Altmann (KPÖ) bezeichnet die Betriebsführung der Kinos durch Private als eine wirtschaftliche Ungerechtigkeit. Er stellte den Antrag, den Stadtsenat zu beauftragen, dahin zu wirken, daß Konzessionen für Kinos in Wien ausschließlich der Stadt Wien erteilt werden. Die Verwaltung und Führung der Kinos auf kulturpolitischem Gebiete sei in die Hände der Verwaltungsgruppe für Kultur und Volksbildung zu legen. Die Erträgnisse der kommunalisierten Kinobetriebe sollen für einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren einem von der Stadt Wien verwalteten Fonds zugeführt werden, der über die staatlichen Maßnahmen hinaus in Wien der Fürsorge für die Opfer des Faschismus und der Wiedergutmachung der ärgsten Schäden, die der Faschismus den Wienern geschlagen hat, zu dienen hätte.

Gemeinderätin Eleonore Hiltl (ÖVP) fordert vor allem die Pflege der Volks- und Hausmusik und eine Förderung der Musikschulen der Stadt Wien. Durch kostenlosen Musikunterricht sollte die Musik auch armen Kindern erschlossen werden. Das Gebäude des Konservatoriums der Stadt Wien müßte möglichst rasch wiederhergestellt und die Konzertsäle wieder brauchbar gemacht werden. Die Musikschulen müßten besondere Unterstützung bei der Ergänzung der Lehrmittel, Notenbestände und des Inventars und bei Regelung der personalen Angelegenheiten erfahren. Die Moderschule der Stadt Wien sollte durch großzügige Propaganda gefördert werden.

Höchstes Ziel jedes Schulunterrichtes müsse die Heranbildung von wertvollen Menschen sein. Dazu gehöre auch die allgemeine Charakterbildung. Diese könne nicht allein durch die Begriffe der Humanität verwirklicht werden. Die Österreichische Volkspartei verlange daher die christliche Erziehung der Jugend. Symbol dieser christlichen Erziehung sei ihr das Kreuz.

Auf dem Gebiete des Sports müsse die Errichtung einer möglichst großen Anzahl von Sportplätzen verlangt werden, und zwar besonders in den Arbeitervierteln. Der Sport muß wieder zu einer Volksangelegenheit werden, die niemals von parteipolitischen Erwägungen ausgehend, alle Teile des Volkes aneinander schweißt.

(Beifall bei den Parteigenossen)

Gemeinderat Kaps (SPÖ) gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Gemeinde Wien aus den Sportveranstaltungen finanziellen Nutzen ziehe. Er stellte das Ersuchen, daß die Wiederinstandsetzung des Stadions und der Radrennbahn ehestens in die Wege geleitet werde. Sport wäre eine Brücke zur Völkerversöhnung. Da die

Karten bei Großsportveranstaltungen noch immer im Schleichhandel verkauft werden, müsse dieser Seuche ein Ende bereitet werden. Unter Hinweis auf die Bedeutung des Sports für die Erziehung unserer Jugend schloß er mit den Worten: "Wer auf die Jugend vergißt, hat auf die Zukunft vergessen." (Beifall)

Gemeinderat Dr. Fischer (ÖVP) erinnerte an das Denkmal Mozarts auf dem St. Marxer Friedhof, das bei einem Bombenangriff schwer beschädigt wurde. Es dürfte besonders auf die kunstfreudigen Angehörigen der alliierten Mächte befremdend wirken, wenn zu dessen Wiederherstellung nichts getan werden würde.

Gemeinderat Mistingger (SPÖ) bedauerte den Umstand, daß bei dem Kapitel "Volksbildung" auf die Arbeitergesangsvereine vergessen wurde. Die Arbeitergesangsvereine haben nicht nur ihr Geld sondern auch das gesamte Notenmaterial verloren. Es würde notwendig sein, auch für Sport größere Summen zu veranschlagen. Es sollte einem Wunsch der Arbeiter nachgegeben werden, die Sportplätze, die im Besitz der Gemeinde Wien sind, aber bis zum Jahre 1934 den Arbeitern zur Verfügung gestanden haben, diesen wieder zurückzugeben.

Amtsführender Stadtrat Dr. Matejka stellte in seinem Schlußwort fest, daß ein Kampf für die Kultur und Volksbildung geführt werde. Der Redner ging dann auf die einzelnen Anregungen und Forderungen ein. Es ist klar, daß die Verteilung von Stipendien so durchgeführt wird, daß die Begabten nach sozialen Gesichtspunkten ausgewählt werden. Von dem sogenannten Diktaturrecht gegen Kitsch und Schund wurde schon ausgiebig Gebrauch gemacht. Es wurde auch versucht, auf dem Gebiete der Plakatgestaltung regulierend einzugreifen.

Auf graphischem Gebiete fehlen uns die Anregungen aus dem Ausland. Der Redner hat daher, als er in der Schweiz weilte, erreicht, daß im kommenden Herbst in Wien eine graphische Ausstellung der Schweizer veranstaltet wird.

Stadtrat Dr. Matejka stellte fest, dass die Strassenbezeichnungen, die an die Nazi erinnern, verschwunden sind. Die Neubenennungen würden demnächst auf Grund von Parteienvereinbarungen nach und nach erfolgen. Dass die 500.000 Schilling für Subventionen noch nicht zur Gänze aufgeteilt sind, sei darauf zurückzuführen, dass die Zahl der subventionsbedürftigen Fälle enorm hoch ist. Der Redner wies auf die Notwendigkeit der Dezentralisation des Kulturlebens hin, damit es auch den breiten Schichten der Bevölkerung in den Vorstädten möglich wird, an derartigen Veranstaltungen teilzunehmen. Der mehrfachen Anregung, den Theaterbesuch der breiten Massen durch Schaffung einer Publikumsorganisation zu ermöglichen, wird Rechnung getragen werden. Gegen das Schleichhändlertum, das sich noch immer der Eintrittskarten, besonders bei Sportveranstaltungen bemächtigt, werden drakonische Mittel angewendet werden. Dadurch, dass wir unsere Kulturaufgaben ernst nehmen und im Wiener Gemeinderat ^{darüber} eine Debatte abführten, wäre sozusagen eine geistige Entrümpelung vorgenommen worden.

Der Voranschlag der Verwaltungsgruppe III wurde einstimmig angenommen und die Ansätze des Sondervoranschlages wurden mit den Stimmen aller drei Parteien angenommen. Die in der Debatte von den Gemeinderäten Steinhardt und Dr. Altmann gestellten Anträge wurden teils dem Stadtsenat, teils dem Gemeinderatsausschusse für Kultur und Volksbildung zugewiesen.

Damit ist das Kapitel Kultur und Volksbildung abgeschlossen. Die Verhandlungen wurden um 20¹⁰ Uhr abgebrochen. Sie werden morgen Mittwoch um 13 Uhr mit der Verhandlung des Voranschlages der Verwaltungsgruppe "Wohlfahrtswesen" fortgesetzt werden.

Registrierung aller Gewerbetreibenden des 2. Bezirkes.
=====

Zufolge Auftrages der Besatzungsbehörde hatten sich alle Gewerbetreibenden des 2. Bezirkes zwecks Registrierung zu melden.

Es ergeht an alle Gewerbetreibenden, die dieser Aufforderung noch nicht entsprochen haben, ferner an die Inhaber der freien Berufe (also auch Ärzte, Zahnärzte, Dentisten, Tierärzte, ferner Inhaber von Fabriken, offenen Handelsgesellschaften u.dgl.) die Weisung, sich in der Zeit vom 13. bis 30.6.1946 im Amtshaus Wien 2., Karmelitergasse 9, 2. Stock, Tür 8, unter Mitnahme der entsprechenden Berechtigungspapiere (Gewerbescheine, Konzessionsurkunden, Verlegungsbescheide und sonstige Bewilligungsbescheinigungen) zwecks Registrierung zu melden.

Die Meldung hat an Wochentagen, und zwar von Montag bis Freitag von 8 - 13 Uhr und am Samstag von 8 - 12 Uhr zu erfolgen.

Die Nichtbeachtung dieser Aufforderung wird geahndet werden.

Fett für Arbeiter
=====

Das Zentralernährungsamt Wien gibt bekannt:

Der in dieser Woche vorgesehene Ergänzungsaufruf auf die Zusatzkarte erfolgt zunächst für Arbeiter. Auf den Abschnitt A 21 der Arbeiterzusatzkarte kommen in den nächsten Tagen 10 dkg Ölmargarine zur Ausgabe.

Der Ergänzungsaufruf für die übrigen Zusatzkartenbesitzer wird noch verlautbart werden.

Entfallende Sprechstunde

Wegen dienstlicher Abwesenheit entfallen die Sprechstunden des amtsführenden Stadtrates für die städtischen Unternehmungen, Dr. Exel am 14. und 21. d.M.

Ausgabe der Lebensmittelkarten für die nächste Versorgungs-
periode.

Das Zentralernährungsamt Wien teilt mit:

Allgemeine Ausgabe.

Die Lebensmittelkarten für die 16. Versorgungsperiode werden für die Bezirke 1 bis 5, 10 bis 13, 20 und 21 sowie für das Gebiet von Neu-Wien am Donnerstag, den 13. Juni 1946 und für die übrigen Bezirke am Freitag, den 14. Juni 1946 ausgegeben.

Übernahme der Karten.

Die zur Behebung der Lebensmittelkarten berechtigten Hausbevollmächtigten (Hausbesorger) haben bei Verhinderung ihren Vertreter den polizeilichen Meldezettel und eine ^{von} ihnen unterfertigte Vollmacht mitzugeben.

Rayonierung und Gültigkeit der Kartenabschnitte.

Die Lebensmittelkarten sind noch immer nach Zonen unterschiedlich gekennzeichnet. Das Gebiet von Neu-Wien mit dem Kennzeichen NW gilt als eigene Zone. Mit Ausnahme von Milch ist die Rayonierung aller Lebensmittel an die Zone des Wohnortes gebunden. Zusatzkarten müssen in jenen Geschäften rayoniert werden, in denen die Normalkarten rayoniert wurden. Die Kleinabschnitte der Brotkarten können in der jeweils aufgerufenen Anzahl innerhalb von Wien in jedem Geschäfte eingelöst werden, das Backwerk führt. Lose Abschnitte aller Karten sind ungültig und dürfen von den Kaufleuten nicht angenommen werden.

Abgabe der Bestellscheine.

Die Bestellscheine der Brot-, Lebensmittel- und Milchkarten sind bis einschliesslich Samstag, den 22. Juni 1946 bei den Kleinverteiler abzugeben.

Rückstellung der Hauslisten.

Die Hausbevollmächtigten haben die von Wohnparteien bestätigten Hauslisten bis Mittwoch, den 19. Juni 1946, der Kartenstelle zurückzugeben.